

Kurzvortrag Kreistagssitzung Traunstein, 3. Februar 2012

Die Bedeutung der Energieversorgung als Standortfaktor im Landkreis Traunsteinwende aus Sicht der AlzChem AG

Die Industriegeschichte im Chemiedreieck beginnt mit regenerativer Energie. Die Wasserkraft der Alz wurde genutzt und war Auslöser für die Ansiedlung stromintensiver Industrie (Bay. Stickstoffwerke und Wacker) Anfang des letzten Jahrhunderts.

Industrie und regenerative Energie schon damals kein Widerspruch!
Wasserkraftwerke sind allerdings auch Grundlastkraftwerke!

Ausbau des Chemiedreiecks auch im Zusammenhang mit industriepolitischen Weichstellungen in Bayern – Atomenergie brauchte konstante Abnahme des Grundlaststroms, der andererseits wieder die Basis für eine stabile Stromversorgung darstellt.

Dahinter stehen infrastrukturelle Entwicklungen über viele Jahrzehnte!

Politische Entscheidung und Kompetenzvielfalt bei der Umsetzung

Angesichts dieser Entwicklung ist der Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb eines Jahrzehnts ein gewaltiger Kraftakt! Der ambitionierte Zeitplan muss vor allem für den Umbau der Energiesysteme gelten, damit die stabile Stromversorgung sichergestellt wird. Man spricht zuviel über den Ausstieg und fast nicht über den notwendigen Umbau!

Bisher handelt es sich nur um ein politisches Programm mit konkreten Zielvorgaben, aber es gibt keinen operativen Umsetzungsplan.

Die Energiewende wird gerne als Projekt mit der ersten Mondlandung verglichen – wie ich finde ein durchaus angemessener Vergleich. Leider sind bisher weder auf Bundes- noch auf Landesebene Projektstrukturen erkennbar, die diesen Aufgaben angemessen erscheinen.

Hauptprobleme:

- Die zuständigen Ministerien, vor allem Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium, widersprechen sich teilweise öffentlich und arbeiten nebeneinander her (durch Herrn Dr. Rösler erst am Dienstag in einer Rede beim vbw wieder erwähnt)

- Die Koordinierung der Themen Netze und erneuerbare Energien wird durch ihre Zuordnung zu unterschiedlichen Ministerien erschwert. Das BMWi wie auch das BMU erarbeiten derzeit eigene Kriterien für diese Themen, die Bundesnetzagentur hat für den Bereich Netze und Erzeugungskapazitäten auch ein eigenes Bewertungssystem.

Unklar ist die Zusammenarbeit mit den Kommunen, da diese beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Verteilnetze eine bedeutende Rolle bekommen werden. **Ungelöst** ist vor allem die Frage, wer zukünftig für die Versorgungssicherheit verantwortlich ist, wenn die Versorgungsverantwortung der großen Stromversorger durch den Wegfall der Kernenergie zunehmend verloren geht. Die Kommunen bauen vor allem die massiv über das EEG geförderten Wind- und Photovoltaikanlagen, aber keine Speicher-, Reserve- und Grundlastkraftwerke. Folge: Sie können die Versorgungsverantwortung alleine nicht tragen. Regionale Schwerpunkte bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien bis hin zur rechnerischen Autarkie bedingen dennoch eine Einbindung in eine stabile Netzarchitektur!

Unklar ist die Zusammenarbeit und Einbeziehung der bayerischen Energieagentur mit den Bundeseinrichtungen (BMWi, BMU, Bundesnetzagentur, Deutsche Energieagentur).

Unklar ist die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, die wir z.B. für den Ausbau der Hochspannungsnetze benötigen. Zum Thema Netze werden wir ja noch von kompetenter Seite informiert! Inzwischen wird von 4000 km zu bauenden Hochspannungsleitungen gesprochen – bei bisher 10 Jahren Genehmigungsdauer und künftig hoffentlich nur noch 4 Jahren! Es gibt heute schon Hochspannungsleitungen, die an Ländergrenzen enden und auf einen Anschluss im Nachbundesland warten (Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig Holstein).

Drei Jahre Bauverzögerung für fehlende 20 km Hochspannungsleitung wegen länderspezifischen Unterschieden im Genehmigungsverfahren!

Klar ist der politische Beschluss – unklar ist die Umsetzung!

Vereinfacht gesagt: wir schaffen es seit Gründung der Bundesrepublik nicht länderübergreifend ein Zentralabitur zu vereinbaren, müssen aber für den Atomausstieg innerhalb von 10 Jahren alle vorstellbaren föderalen Hürden im Sprint nehmen! Man darf auf das Ergebnis gespannt sein!

Chemische Industrie

Ein paar Zahlen zum Stromverbrauch der chemischen Industrie:

Deutschland: 600.000 GWh
Chemie: 52.000 GWh
Stromintensiv: 20.000 GWh

Bay. Chemiedreieck: 5.300 GWh
- Elektrolysen: Chlor, Aluminium
- Elektroschmelzen: Carbid, Silizium
- Reinstsilizium
- Luftzerlegung: Stickstoff, Sauerstoff, Argon

AlzChem 500 GWh

Im Chemiedreieck reden wir von 25.000 Mitarbeitern und 8 Mrd. Euro Umsatz.

Allein hier in Bayern reden wir über mehr als hunderttausend Arbeitsplätze und einen Jahresumsatz von 25 Milliarden Euro in stromintensiven Betrieben aller Art (Quelle vbw).

Forderungen der Industrie - Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit

Eine sichere Energieversorgung benötigt rund um die Uhr Strom. Dies können nur Kraftwerke sicherstellen, die grundlastfähig sind, also Kern-, Kohle- und Gaskraftwerke.

Der Umbau in Bayern wird am schwierigsten. Hier müssen über 55 Prozent Kernenergiestrom ersetzt werden (Grundlast!). Bayern liegt revier- und küstenfern und ist Standort vieler energieintensiver Betriebe, wie schon erwähnt.

Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarkraft ist nicht 24 Stunden am Tag bzw. 8760 Stunden im Jahr verfügbar.

Es ist folgender Ausbau der erneuerbaren Energien hinsichtlich ihres Anteils am Stromverbrauch vorgesehen:

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen, sieht das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) vor, dass bei der Einspeisung in das Stromnetz **erneuerbare Energien Vorrang** haben vor konventionellen Energieträgern wie z.B. Gas. In der Praxis ergibt sich damit das Problem der **Koppelung** dieses **Einspeisevorranges** mit der **hohen Volatilität** der erneuerbaren Energien.

Um sicherzustellen, dass genügend Strom vorhanden ist, wenn kein Wind weht und / oder keine Sonne scheint, werden Ersatzkapazitäten benötigt. Das bayerische Energiekonzept vom Mai 2011 sieht daher den Bau von fünf neuen Gaskraftwerken à 800 MW vor.

Problem dabei: Ein wirtschaftlicher Kraftwerksbetrieb ist nur bei einer hohen Auslastung möglich. Je kürzer die Einsatzzeit eines Gaskraftwerkes ist, desto höher sind die Stromerzeugungskosten. Jeder kann dies Anhand eines Autos selbst ausrechnen – 1000 km oder 20.000 km Fahrleistung bei gleichem Anschaffungspreis und Fixkosten. Nur Benzin und Wartung sind variabel.

Gaskraftwerke sollen im Rahmen der Energiewende nur als Ersatzkraftwerke dienen, d. h. sie laufen nur dann, wenn erneuerbare Energien nicht verfügbar sind. Berücksichtigt man den Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in den kommenden Jahren, wird erkennbar, dass die mögliche Laufzeit eines Gaskraftwerkes immer stärker zurückgehen wird. Mögliche Investoren gehen davon aus, dass ein wirtschaftlicher Betrieb unter diesen Umständen nicht möglich ist.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Fragen, wer den Bau der notwendigen Gaskraftwerke sicherstellt und wie weit staatliche Anreize / Subventionen nötig oder richtig sind. **Wir subventionieren erneuerbare Energien und müssen zum Ausgleich der dadurch entstehenden Netzin stabilität wieder mit Subventionen unwirtschaftliche Gaskraftwerke finanzieren!!** Eine große Gefahr für den Industriestandort Bayern! Schon heute hat Deutschland einen Spitzenplatz bei Strompreisen im internationalen Vergleich.

Nachdem der Bundesgesetzgeber (und die Landesregierungen!) mit dem Ausstieg aus der Kernenergie die Bedingungen für unternehmerisches Handeln verändert hat und in vielfältiger Weise durch politische Steuerung in den Energiemarkt eingreift, trifft ihn auch die Verantwortung, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die sichere und preisgünstige Stromversorgung in unserem Land erhalten bleibt. **Aus heutiger Sicht kann dies nur durch den massiven Ausbau des Fernleitungsnetzes und damit ein Zugang zu den Windkraftstandorten im Norden erreicht werden.**

Hier ein Wort zur EEG-Abgabe:

Mit Einführung dieser Abgabe, eine elegante Form der Subvention durch direkten Griff in das Portemonnaie der Stromverbraucher vergleichbar mit dem Kohlepfennig, wurden stromintensive Betriebe mit einer Anschlussleistung von mehr als 10 MW und einem Wertschöpfungsanteil des Stroms von 15% davon weitgehend befreit. Bei weiter steigenden EEG-Abgaben 2003/2009/2010/2011: 0,41/1,2/2,05/3,5 ct pro kWh - mehr als 13 Mrd EUR in 2011 - wird jetzt der Eindruck erweckt, dass die Industrie immer mehr „Subventionen“ erhält. Wir werden von einer umweltpolitischen Abgabe befreit, die uns im weltweiten Wettbewerb ruinieren würde! Wir erhalten keine Geschenke oder Transferleistungen!

Was bleibt als Fazit:

der Strombedarf der Industrie kann nach heutigem Ermessen nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden, sofern keine Grundlastfähigkeit durch Speicher sichergestellt wird. Selbst wenn es diese Technologien schon gäbe wäre dies bis 2021 mit den ohnehin schon optimistischen Zuwächsen an erneuerbaren Energiequellen nicht möglich! Ein stabiles überregionales Versorgungsnetz mit Zugang zu den Windkraftanlagen im Norden und zu den Nachbarländern ist überlebenswichtig.

Die Kraftwerksausbaupläne im benachbarten Ausland zeigen, dass die Energiewende eine große Geschäftschance bietet! (im Konzept der bay. Landesregierung wird für 2021 eine Energielücke in Höhe von 32% gezeigt). Deshalb muss der Zeitplan des Atomausstiegs unbedingt gleichgeschaltet werden mit dem Aufbau alternativer Kraftwerkskapazitäten und neuer Hochspannungsnetze.

Versorgungssicherheit und ein international wettbewerbsfähiger Strompreis haben dabei oberste Priorität!

Ich persönlich würde mich wohler fühlen Strom von Isar 2 aus Landshut statt aus Temelin zu beziehen. Hoffentlich haben wir 2022 diese Wahlmöglichkeit!